



öffentlich

Betreff:
Stadtteilladen Drewitz

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP/Familienpartei

Erstellungsdatum 17.03.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.04.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Voraussetzungen für einen Stadtteilladen als Anlaufpunkt der Vereine für den Stadtteil Drewitz zu schaffen. Dazu sollen Gespräche mit der Wohnungswirtschaft, insbesondere der Pro Potsdam, geführt werden.

Gez. Mike Schubert gez. Michael Schröder gez. Martina Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Rahmen der Überlegungen zur Umsetzung des Beschlusses der StVV zur Stadtteilschule ist von den aktiven Vereinen vor Ort geäußert worden, dass diese als ersten Schritt die Einrichtung eines Anlaufpunktes/ Stadteilladens favorisieren würden. Somit könnte eine Grundlage für die Vernetzung der Initiativen im Stadtteil geschaffen werden. Gerade der Stadtteil Drewitz braucht einen zentral gelegenen Ort, der eine bessere Vernetzung der Vereine vor Ort ermöglicht und Bürgerinnen und Bürgern als Anlaufpunkt dient.